

Dübendorf, 17. September 2012

KR-Nr. 260/2012

**A N F R A G E** von Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf)

betreffend Monetäres Anreizsystem der US-Steuerbehörden in Sachen Whistleblower  
Bradley Birkenfeld / UBS AG

---

Der US-amerikanische Whistleblower und ehemalige UBS-Banker, Bradley Birkenfeld hat Insiderinformationen der Schweizer Grossbank UBS AG an die US-Steuerbehörde weitergegeben und den Steuerstreit zwischen den USA und der UBS AG ausgelöst. Nun wird er von den US-Behörden mit der Rekordsumme von 104 Mio. Dollar belohnt. Dies schadet der Schweiz, insbesondere dem Finanzplatz Zürich enorm. Zudem stellt es die UBS AG erneut ins schiefe Licht. Der vorliegende Fall belegt, dass es in den USA und anderen Ländern sehr einfach und äusserst lukrativ sein kann, Insiderinformationen von Schweizer Banken zu erhalten und an ausländische staatliche Steuerbehörden weiterzugeben. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Der Bund verhält sich in solchen Situationen meist passiv. Diplomatie in Politik und Wirtschaft funktioniert nicht.

1. Was unternimmt der Regierungsrat konkret, damit der Bund das amerikanische Verhalten unmissverständlich kritisiert?
2. Ist der Regierungsrat bereit, sich in dieser Sache für den Finanzplatz Zürich mit greifenden Massnahmen und Sanktionen einzusetzen? Wenn ja, mit welchen?
3. Welche Massnahmen werden durch den Regierungsrat getroffen, um das monetäre Anreizsystem der europäischen und internationalen Steuerbehörden für Whistleblower unattraktiv zu gestalten und einzustellen?
4. Was unternimmt der Regierungsrat, um künftig illegale Bankpraktiken wie Bankgeheimnisverletzungen zu verunmöglichen?

Jacqueline Hofer

260/2012